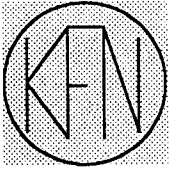


**Das Problem der sogenannten "Ausländerkriminalität" -
empirische Befunde, Interpretationsangebote
und (kriminal-)politische Folgerungen**

Christian Pfeiffer

1995



**Das Problem der sogenannten "Ausländerkriminalität"
- empirische Befunde, Interpretationsangebote
und (kriminal-)politische Folgerungen**

Christian Pfeiffer

1. "Ausländerkriminalität" in der *Welt am Sonntag* - ein Beispiel für die zum Thema veröffentlichte Meinung

In der *Welt am Sonntag* hat der Journalist Jochen Kummer im Jahr 1993 in einer Serie von dreizehn aufeinander folgenden, meist zweiseitigen (aber in Wirklichkeit sehr einseitigen) Artikeln "die Explosion der Kriminalität in Deutschland" skandalisiert.¹ Ein zentrales Anliegen war es ihm dabei immer wieder, auf die "dramatisch ansteigende Ausländerkriminalität" hinzuweisen. Die These, daß Ausländer krimineller sind als Deutsche belegt er mit einer Fülle von Daten, Schaubildern, Expertenaussagen und Horrormeldungen über Einzelfälle.² Der Vision Heiner Geisslers von einer multikulturellen Gesellschaft setzt er die polemische These einer dank der Ausländer "multikriminellen Gesellschaft" entgegen.³ Und weil er sich zu den Ausländern in seinen Artikeln so richtig in Fahrt geschrieben hatte, war es für ihn anschließend ein leichtes, gleich noch ein ähnlich gehaltenes Buch zu dem Thema folgen zu lassen.⁴

Warum ist es Herrn Kummer so problemlos gelungen, einen Artikel nach dem anderen zu seiner Sicht der Ausländerkriminalität zu schreiben und damit die öffentliche Meinung in problematischer Weise zu beeinflussen? Die Antwort ist einfach. Die Daten der Polizeilichen Kriminalstatistik sprechen auf den ersten Blick sehr für die Richtigkeit seiner Thesen. Zwischen 1988 und 1994 hat beispielsweise die absolute Zahl der polizeilich registrierten Tatverdächtigen, die keinen deutschen Ausweis vorweisen können, im Gebiet der alten

¹ Die Serie hat mit dem genannten Titel am 7.3.1993 begonnen und endete am 30.5.1993.

² Vgl. insb. die drei Artikel vom 4. bis 18. April sowie die vier Artikel vom 2., 9., 23. und 30. Mai 1993.

³ Vgl. den Artikel vom 4. April 1993.

⁴ Vgl. Kummer, J., 1994. Am Rande sei vermerkt, daß er dabei, ohne mich zu fragen, in das Buch einen von mir verfaßten Text aufgenommen hat, den ich zu derselben Thematik für das niedersächsische Innenministerium geschrieben hatte. Erst im Wege einer einstweiligen Verfügung konnte ich erreichen, daß wenigstens die zweite Auflage des Buches ohne meinen Text gedruckt wurde.

Bundesländer (einschließlich Berlin) von ca. 287.000 um mehr als 80% auf ca. 531.000 zugenommen. Ihr Anteil an den insgesamt erfaßten Tatverdächtigen ist von 21,8% auf 32,4% angestiegen. Im gleichen Zeitraum hat sich der Anteil der Ausländer an der Wohnbevölkerung Westdeutschlands nur von 7,0% auf 10,1% erhöht. Pro 100.000 der jeweiligen Bevölkerungsgruppe gerechnet, übersteigt die sogenannte Tatverdächtigenziffer der Ausländer im Jahr 1994 mit 7.824 die entsprechend ermittelte Kriminalitätsbelastung der Deutschen (1.836) um etwa das 4,3fache. Hat Herr Kummer also doch recht?

2. Eine Analyse der Tatverdächtigenzahlen der nichtdeutschen Wohnbevölkerung

Um die Frage beantworten zu können, soll nachfolgend zunächst untersucht werden, ob Ausländer mit Deutschen überhaupt in der Weise verglichen werden können, wie das in der WamS-Artikelserie geschehen ist.

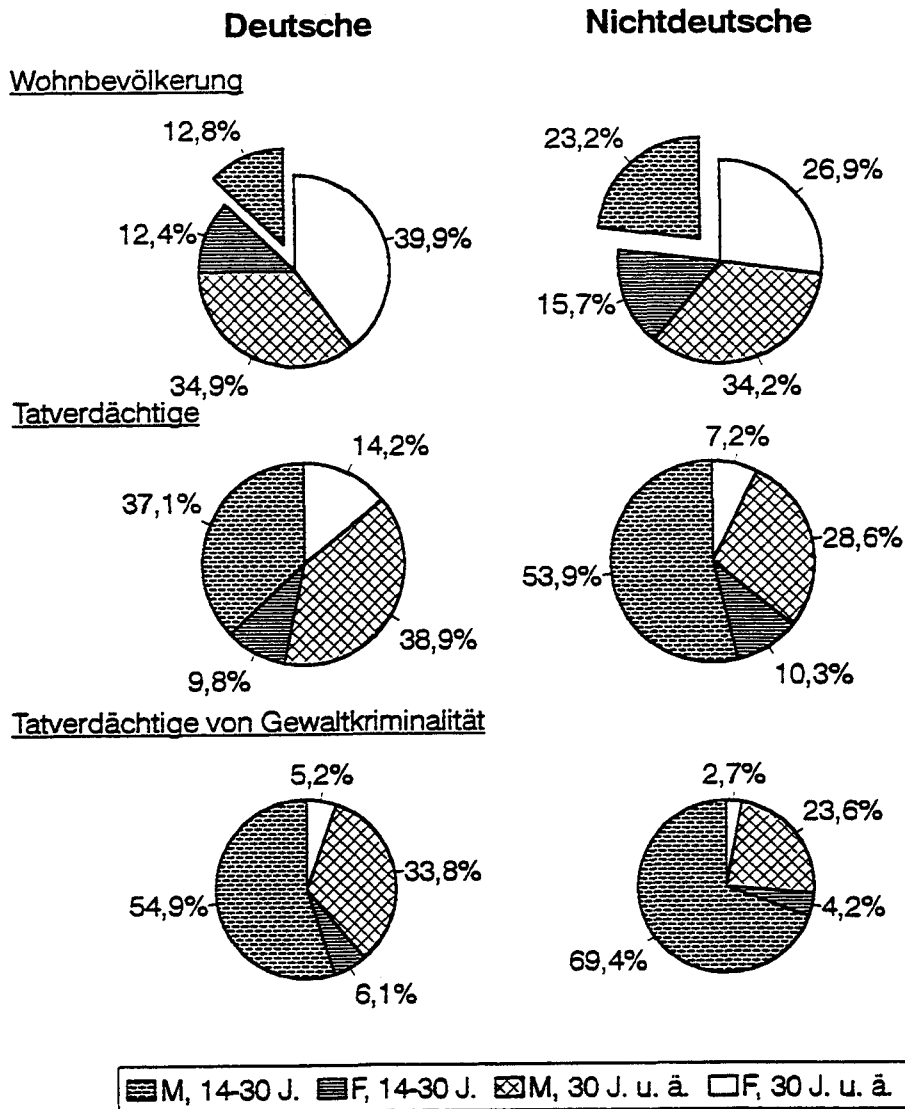
Zunächst ist zu beachten, daß in der Bevölkerungsstatistik jene Ausländer nicht erfaßt werden können, die sich nur vorübergehend oder ohne Aufenthaltserlaubnis in Deutschland aufhalten - also illegal eingereiste Personen, Angehörige alliierter Streitkräfte sowie Touristen und Durchreisende. Im letzten Jahr sind aus diesem Personenkreis in den alten Bundesländern und Berlin 132.860 als Tatverdächtige registriert worden, also beachtliche 25% aller ausländischen Tatverdächtigen (N = 531.076). Zu berücksichtigen ist ferner, daß die in den letzten Jahren extrem angestiegenen Verstöße gegen das Ausländergesetz/Asylverfahrensgesetz zu über 95% von nichtdeutschen Staatsangehörigen begangen werden. Eliminiert man diesen Verzerrungsfaktor, dann sinkt der Prozentanteil der Nichtdeutschen an allen Tatverdächtigen für das Jahr 1993 beispielsweise im Gebiet der alten Bundesländer (einschließlich Berlin) von 36,2% auf 29,7%.⁵

Auch damit sind bei weitem nicht alle Gesichtspunkte berücksichtigt, die bei einem korrekten Vergleich der Kriminalitätsbelastung von Deutschen und Nichtdeutschen in Rechnung gestellt werden müssen. Ein wichtiger Aspekt wird im nachfolgenden Schaubild am Beispiel der Alters- und Geschlechtsverteilung der niedersächsischen Wohnbevölkerung dargestellt. Ihm liegt die Erkenntnis zugrunde, daß männliche Jugendliche und Erwachsene der Altersgruppe 14 bis 30 insgesamt 13,4% der strafmündigen Wohnbevölkerung ausmachen, daß sie aber bei den Tatverdächtigen einen Anteil von 41,2% erreichen (bei der Gewaltkriminalität sogar 57,2%).⁶

⁵ Vgl. PKS, Berichtsjahr 1993, S. 95.

⁶ Die Daten basieren auf der Bevölkerungsstatistik 1994 sowie der PKS 1994 Niedersachsens.

Schaubild 1: Die Alters- und Geschlechtsverteilung 1994 in Niedersachsen nach der deutschen und nichtdeutschen Wohnbevölkerung, Tatverdächtige insgesamt sowie Tatverdächtige der Gewaltkriminalität



Die unteren vier Tortengrafiken bestätigen sowohl für Deutsche wie für Nichtdeutsche, daß die **männlichen 14- bis 30jährigen** nach den Ermittlungen der Polizei für einen besonders hohen Anteil der registrierten Kriminalität und insbesondere für mehr als die Hälfte aller registrierten Gewalttaten verantwortlich sind. Wie die oberen beiden Tortengrafiken zeigen, erreicht diese besonders kriminalitätsanfällige Gruppe bei der ausländischen Wohnbevölkerung einen Anteil von 23,3%, bei der deutschen Wohnbevölkerung dagegen nur 12,8%. Bei den Deutschen wiederum ist die Gruppe mit 39,9% am stärksten vertreten, die am wenigsten mit Kriminalität belastet ist - Frauen im Alter von 30 und mehr. Sie erreichen bei der

nichtdeutschen Wohnbevölkerung nur 26,9%. Die bei Deutschen und Ausländern sehr divergierende Alters- und Geschlechtsstruktur der Bevölkerung trägt also wesentlich dazu bei, daß Ausländer bei den Tatverdächtigen derart stark überrepräsentiert sind.

Weitere gewichtige Faktoren sind die divergierenden sozialen Rahmenbedingungen, in denen Deutsche und Ausländer leben sowie Unterschiede bei der Erfassung und Bewertung ihres abweichenden Verhaltens. Aus Platzgründen werden dazu die bekannten Fakten und Argumente hier nur stichwortartig erwähnt:

- Ausländer leben weit häufiger als Deutsche in **Städten** mit mehr als 100.000 Einwohnern.⁷ Dort aber ist auch die Kriminalitätsbelastung der Deutschen sehr hoch.
- Ausländer gehören zu einem weit höheren Anteil als deutsche der **sozialen Unterschicht** an.⁸
- Ferner gibt es Anzeichen dafür, daß sie teilweise ein **höheres Risiko der Tatabdeckung** haben als Deutsche (z.B. beim Ladendiebstahl) und daß sie möglicherweise auch häufiger angezeigt werden.⁹
- Und schließlich ist darauf hinzuweisen, daß die **Strafjustiz** dem gegenüber Ausländern erhobenen Tatverdacht erheblich seltener mit einer entsprechenden Verurteilung bestätigt als gegenüber Deutschen.¹⁰

Bereits die vorgetragenen Fakten und Argumente zeigen, daß der in der öffentlichen Diskussion häufig verwendete **Begriff der Ausländerkriminalität** keine kriminologische Kategorie darstellt, die zur Analyse von Tatverdächtigenzahlen geeignet erscheint. Weitere Belege für diese These liefert die PKS mit ihren Angaben zu den verschiedenen Gruppen der nichtdeutschen Tatverdächtigen. Dies soll nachfolgend durch ein Schaubild demonstriert werden, in dem für den Zeitraum 1988 bis 1994 zu verschiedenen Gruppen von Nichtdeutschen die absoluten Zahlen der Tatverdächtigen des einfachen Diebstahls dargestellt sind.

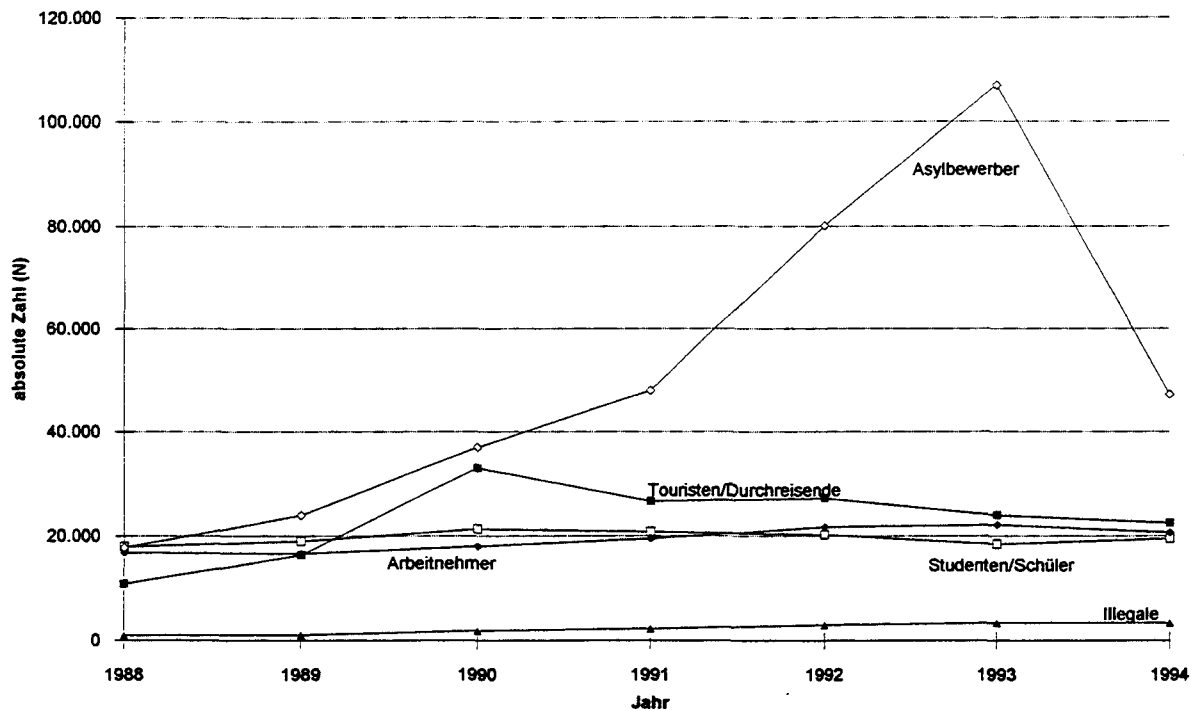
⁷ Vgl. Traulsen, 1988, S. 35; Walter, 1989, S. 63 ff.

⁸ Vgl. Pfeiffer/Schöckel, 1990, S. 416 f.

⁹ Vgl. Walter, 1989; beachte aber Killias, 1988, der für die These einer gegenüber Ausländern erhöhten Anzeigebereitschaft bei einer von ihm durchgeführten Bevölkerungsbefragung keine Belege gefunden hat.

¹⁰ Vgl. Pfeiffer, 1994a, S. 292 ff. mit entsprechenden Nachweisen für das Verurteilungsrisiko von Deutschen und Ausländern in Niedersachsen der Jahre 1985 bis 1989 sowie ferner Pfeiffer/Schröckel, 1990, S. 397 ff.

Schaubild 2: Nichtdeutsche Tatverdächtige von einfachen Diebstahlsdelikten nach dem Grund des Aufenthaltes, alte Bundesländer einschließlich Berlin, 1988 bis 1994



Das Schaubild zeigt für die verschiedenen Gruppen eine sehr unterschiedliche Entwicklung. Die absoluten Zahlen der **Schüler und Studenten**, die als Tatverdächtige von Diebstahlsdelikten registriert wurden, sind in dem Untersuchungszeitraum weitgehend konstant geblieben, die der ausländischen Arbeitnehmer sind zunächst bis 1993 um etwa 30% angestiegen, haben aber dann im Jahr 1994 etwas abgenommen. Die Vergleichszahl der Touristen/Durchreisenden hat sich mehr als verdoppelt. Alles wird jedoch überlagert von der sprunghaften Entwicklung der Tatverdächtigenzahlen von **Asylbewerbern**. Ausgehend von 17.937 im Jahr 1988 hat sich ihre Zahl bis 1993 etwa versechsfacht. Mit 106.978 Tatverdächtigen stellen die Asylbewerber in diesem Jahr etwa die Hälfte aller ausländischen Tatverdächtigen des einfachen Diebstahls und 18,8% der insgesamt wegen dieses Delikts polizeilich registrierten Personen. Diese Entwicklung ist offenkundig eine Folge davon, daß die Öffnung der Grenzen nach Osten eine starke Zuwanderung von Asylbewerbern aus osteuropäischen Ländern ermöglicht hatte. Zwischen 1988 und 1992 war die Zahl der pro Jahr nach Deutschland eingereisten Asylbewerber von 103.076 auf 438.191 angestiegen. Infolge der Mitte 1993 in Kraft getretenen Asylgesetzgebung sank diese Zahl bis 1994 auf 127.210. Parallel ging auch die Zahl der wegen einfachen Diebstahls registrierten Asylbewerber von 1993 auf 1994 um mehr als die Hälfte auf 47.195 zurück.

Der zwischen 1988 und 1993 insgesamt festgestellte Anstieg der Tatverdächtigen des **einfachen Diebstahls** um ca. 160.000 Personen beruht damit zu mehr als der Hälfte auf der Zunahme von Asylbewerbern. Der 1984 eingetretene Rückgang um etwa 54.000 Personen ist sogar vollständig dieser Gruppe von Nichtdeutschen zuzurechnen. Entsprechend durchgeführte Datenanalysen zu den Tatverdächtigenzahlen der anderen Straftaten zeigen für den schweren Diebstahl sowie für Betrugs- und Urkundendelikte ähnliche Befunde. Bei der Gewaltkriminalität oder den Drogendelikten ist die Bedeutung der Asylbewerber dagegen deutlich schwächer ausgeprägt.¹¹ Insgesamt gesehen hat die Zahl der polizeilich registrierten Tatverdächtigen zwischen 1988 und 1993 in Westdeutschland (einschl. Berlin) um 27,9% zugenommen (von 1.314.080 auf 1.680.885). Dieser Anstieg beruht zu 87,7% auf nichtdeutschen Tatverdächtigen, von denen wiederum etwas mehr als die Hälfte (52,2%) Asylbewerber waren. Noch eindeutiger stellt sich dieser Zusammenhang beim Rückgang der Tatverdächtigenzahlen des Jahres 1994 dar. Die Abnahme der tatverdächtigen Asylbewerber übersteigt den Gesamtrückgang an Tatverdächtigen und gleicht damit den Anstieg der Zahlen aus, den es bei sonstigen Nichtdeutschen sowie den deutschen Tatverdächtigen gegeben hat.¹²

Diese bisher ausschließlich an der Zu- und Abnahme der Tatverdächtigenzahlen orientierte Betrachtungsweise muß freilich durch zwei wichtige Differenzierungen ergänzt werden, die nachfolgend am Beispiel der **niedersächsischen Daten** demonstriert werden sollen: Berechnet man den Anteil der **Asylbewerber** an den insgesamt registrierten Tatverdächtigen, dann fällt auf, daß sie bei den **weniger schweren Delikten** am stärksten vertreten sind. Im Jahr 1993 beispielsweise, dem Jahr des bisherigen Kriminalitätshöhepunktes, erreichten sie bei den Tatverdächtigen der Urkundenfälschung 40,6 % und beim Ladendiebstahl 27,5 % aller Tatverdächtigen, bei der Gewaltkriminalität dagegen nur 10,9 %, bei schweren Drogendelikten 7,4 % und beim PKW-Diebstahl 6,5 %. Im Jahr darauf ist ihr Anteil durchweg stark zurückgegangen (Urkundenfälschung 31,7 %, Ladendiebstahl 11,3 %, Gewaltkriminalität 8,9 %, schwere Drogendelikte 6,5 % und PKW-Diebstahl 5,3 %). Eine Folge dieser unterschiedlichen Verteilung der Tatverdächtigen auf die verschiedenen Delikte und Deliktsgruppen ist, daß der von Asylbewerbern mit der Tat angerichtete **Schaden** im Durchschnitt pro Tatverdächtigen erheblich niedriger liegt als der von anderen ausländischen oder deutschen Tatverdächtigen. Rechnet man alle Straftaten zusammen, zu denen die Polizei Schadenshöhen registriert, dann ergibt sich pro Asylbewerber, der 1994 als Tatverdächtiger eines dieser Delikte erfaßt wurde, ein durchschnittlicher Schaden von ca. DM 900,--. Bei allen anderen ausländischen Tatverdächtigen errechnet sich ein Betrag von ca. DM 2.300,-- und für deutsche Tatverdächtige ca. DM 5.600,--. Diese Divergenzen zur Schadenshöhe treten im übrigen auch auf, wenn man ausschließlich minderschwere Delikte wie etwa den einfachen Diebstahl betrachtet. Bei tatverdächtigen Asylbewerbern dieses Delikts errechnet

¹¹ Vgl. dazu die im Anhang abgedruckten Tabellen.

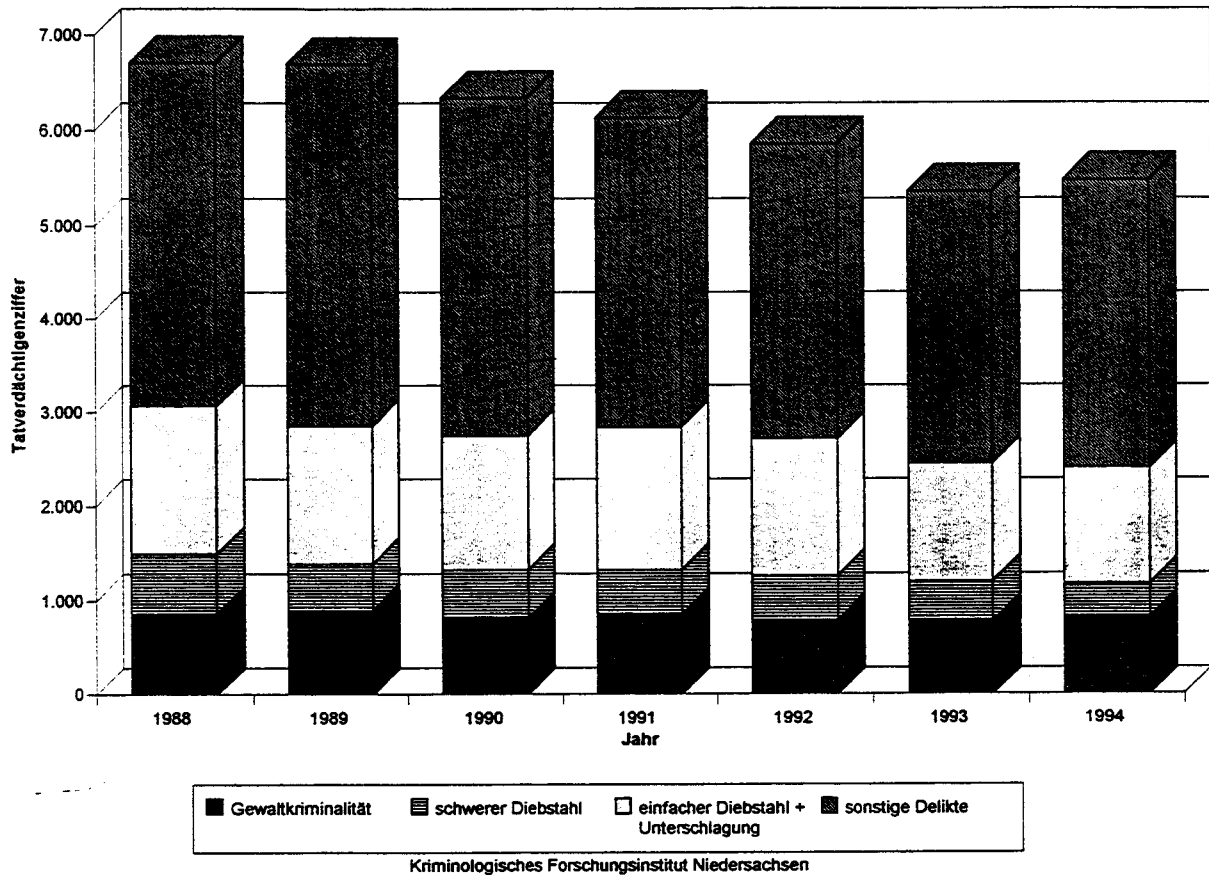
¹² Vgl. dazu die Anhangtabelle zu den nichtdeutschen Tatverdächtigen nach dem Grund des Aufenthaltes und der Deliktgruppe "alle Delikte (ohne Verkehr)".

sich 1994 eine durchschnittliche Schadenssumme von ca. DM 200,--. Bei sonstigen ausländischen Tatverdächtigen ein Betrag von ca. DM 340,-- und bei deutschen Tatverdächtigen der Betrag von ca. DM 600,--. Diese beträchtlichen Unterschiede in der Schadenshöhe sind im übrigen eine Erklärung dafür, warum die Strafverfahren gegen ausländische Tatverdächtige erheblich häufiger als die gegenüber Deutschen durchgeführten mit einer Einstellung des Verfahrens enden.¹³

Die Analyse der Tatverdächtigenzahlen von Nichtdeutschen leidet ferner darunter, daß zu ihren Untergruppen fast durchweg keine Bevölkerungszahlen zur Verfügung stehen. Dies erschwert es, den Gesichtspunkt der sozialen Integration bei der Interpretation der Daten zu berücksichtigen. So hat beispielsweise die Zahl der **ausländischen Studenten und Schüler**, die als Tatverdächtige registriert wurden, zwischen 1988 und 1994 von 31.559 auf 37.630 zugenommen - ein Anstieg um 19,2%. Auf den ersten Blick könnte das als Beleg für eine deutliche Zunahme der Kriminalitätsbelastung dieser Bevölkerungsgruppe gewertet werden. Erst, wenn man gleichzeitig berücksichtigt, daß in demselben Zeitraum die nichtdeutsche Wohnbevölkerung in Westdeutschland (einschließl. Berlin) von ca. 4,3 Millionen auf fast 6,8 Millionen - und damit um 58,3% - angewachsen ist, wird deutlich, daß offenkundig das Gegenteil der Fall ist. Da die Zunahme der Tatverdächtigenzahlen von ausländischen Schülern und Studenten weit hinter dem Bevölkerungswachstum der nichtdeutschen zurückbleibt und man ferner davon ausgehen muß, daß die Zahl der ausländischen Schüler und Studenten seit 1988 in etwa dem Umfang angestiegen sein wird, wie die Gesamtzahl der Ausländer, dürfte ihre Kriminalitätsbelastung in Wahrheit deutlich rückläufig sein. Die einzige Gruppe der Nichtdeutschen, zu denen uns sowohl Tatverdächtigenzahlen wie Bevölkerungszahlen zur Verfügung stehen, sind die **ausländischen Arbeitnehmer**. Ihre Gesamtzahl wird vierteljährlich von der Bundesanstalt für Arbeit erfaßt. Dadurch wurde es möglich, für diese bedeutsame Gruppe der ausländischen Wohnbevölkerung Tatverdächtigenziffern zu berechnen, die im nachfolgenden Schaubild dargestellt sind. Erneut verwenden wir dabei wieder Daten Niedersachsens, weil auch zum Jahr 1994 in bezug auf die alten Bundesländer noch keine Bevölkerungszahlen ausländischer Arbeitnehmer zur Verfügung stehen.

¹³ Vgl. Pfeiffer, C., 1994a, S. 277 ff.

Schaubild 3: Tatverdächtige ausländische Arbeitnehmer pro 100.000 dieser Bevölkerungsgruppe, alle Delikte insgesamt, Diebstahlsdelikte und Gewaltkriminalität, Niedersachsen, 1988 bis 1994



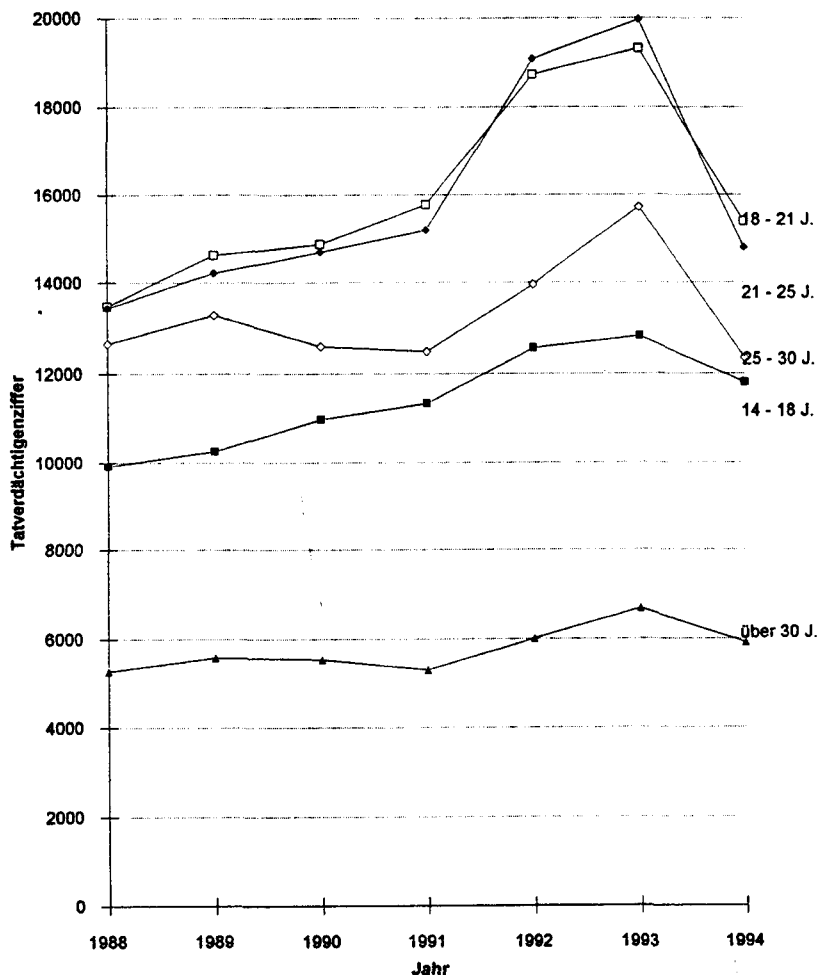
Dem Schaubild läßt sich entnehmen, daß die Kriminalitätsbelastung ausländischer Arbeitnehmer seit 1988 rückläufig ist. Mit einer Abnahme der Gesamt-TVZ um ein Fünftel setzt sich damit in den letzten sechs Jahren eine Tendenz fort, die wir bei früheren Datenanalysen bereits für den Zeitraum zwischen 1985 und 1988 festgestellt hatten.¹⁴ Die TVZ zu Diebstahlsdelikten ist dabei etwas stärker zurückgegangen als die der Gewaltkriminalität. In bezug auf die alten Bundesländer standen zum Zeitpunkt der Fertigstellung dieses Manuskripts die Bevölkerungsdaten der ausländischen Arbeitnehmer nur für den Zeitraum 1988 bis 1993 zur Verfügung. Die Berechnung der Tatverdächtigenziffern dieses Zeitraums hat einen ähnlichen Trend wie den im Schaubild 3 dargestellten erbracht. Der Rückgang der Tatverdächtigenziffern ausländischer Arbeitnehmer fällt allerdings bundesweit gesehen mit -4,5% nicht so deutlich aus wie in Niedersachsen.

¹⁴ Vgl. Pfeiffer, C., 1994a, S. 282.

Die bisher nur in bezug auf Niedersachsen ausgewerteten Daten zu den verschiedenen Nationen der nichtdeutschen Tatverdächtigen lassen im übrigen erkennen, daß das Ansteigen und Sinken der Zahlen in direktem **Zusammenhang mit der politischen und wirtschaftlichen Stabilität der Herkunftsländer** steht. In bezug auf solche Staaten, in denen es nach dem Zusammenbruch der kommunistischen Herrschaft zur Einführung demokratischer Strukturen und einer schrittweisen ökonomischen Stabilisierung gekommen ist, haben wir nur einen geringen Anstieg von Tatverdächtigenzahlen oder teilweise sogar sinkende Tendenz zu verzeichnen (z.B. frühere Tschechoslowakei, Ungarn, Polen). Extreme Zuwachsraten sind dagegen zu den Angehörigen solcher Staaten zu verzeichnen, in denen es nach 1989 zu Unterdrückung und Verfolgung von großen Gruppen der Bevölkerung und zu bürgerkriegsähnlichen Verhältnissen gekommen ist oder wo ein offener Krieg ausgebrochen ist (insbesondere Rumänien und das frühere Jugoslawien). Die Zahl der rumänischen Tatverdächtigen ist beispielsweise in Niedersachsen zwischen 1989 und 1992 von 266 auf 21.176 angestiegen, um dann innerhalb von zwei Jahren wieder auf 3.391 zurückzugehen. Die Zahl der Tatverdächtigen aus dem früheren Jugoslawien hat im gleichen Zeitraum von 2.419 auf 9.900 zugenommen und ist danach in Anbetracht der fortbestehenden Kriegslage nur geringfügig auf 8.749 zurückgegangen. Zum Vergleich: Die Zahl der Tatverdächtigen aus der früheren Tschechoslowakei schwankte in diesem Zeitraum zwischen 76 und 173, die aus Ungarn zwischen 60 und 126.

Die einzige noch verbleibende Möglichkeit, aus der Analyse der Tatverdächtigenzahlen Erkenntnisse zur Kriminalität von Nichtdeutschen zu gewinnen, ist die, nach dem **Alter der polizeilich registrierten Personen** zu differenzieren. Dies soll nachfolgend durch drei Schaubilder geschehen, in denen für verschiedene Deliktsgruppen dargestellt wird, wie sich jeweils die Zahl der Tatverdächtigen pro 100.000 der jeweiligen Altersgruppe im Lauf der Jahre 1988 bis 1994 verändert hat.

Schaubild 4: Nichtdeutsche Tatverdächtige pro 100.000 der jeweiligen Altersgruppe (TVZ), 1988 bis 1994, alle Delikte (ohne Verkehr), alte Bundesländer

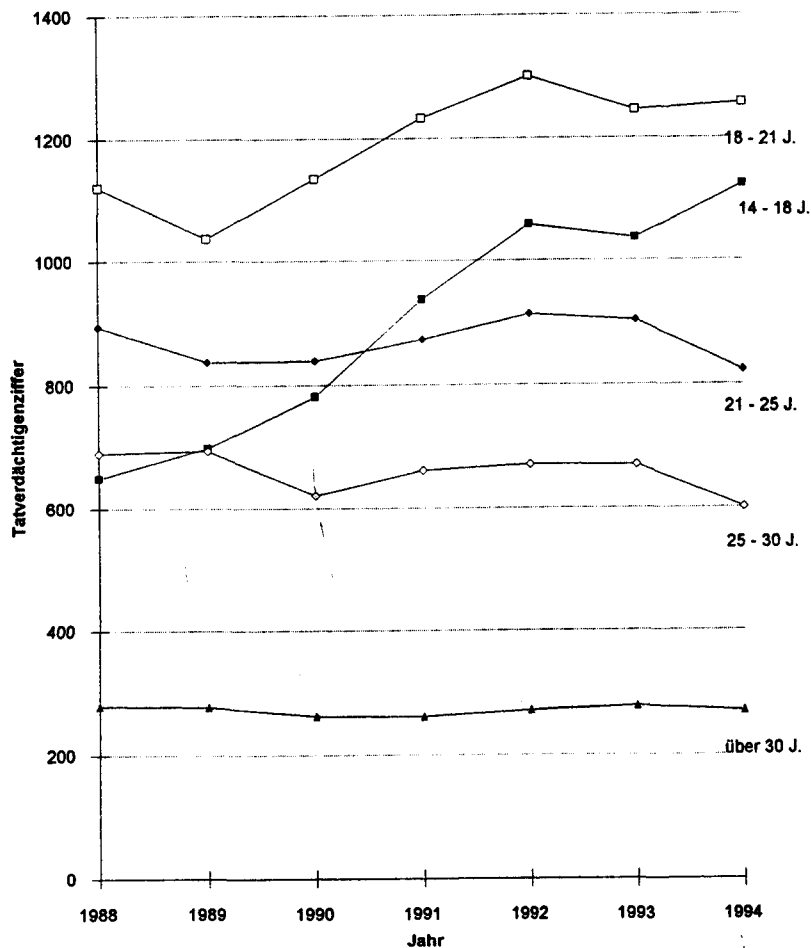


Der Verlauf der Tatverdächtigenziffern der verschiedenen Altersgruppen zeigt, daß es zwischen 1988 und 1993 vor allem bei den jüngeren Altersgruppen zu einem starken Anstieg der Kriminalitätsbelastung gekommen ist. Wie oben bereits gezeigt, bewirkt dann jedoch der Rückgang der tatverdächtigen Asylbewerber, daß die Tatverdächtigenziffern aller Altersgruppen im Jahr 1994 deutlich nach unten gehen - am stärksten bei den Heranwachsenden und den Jungerwachsenen.

Für das nachfolgende Schaubild 5 wurde bewußt eine Deliktgruppe ausgewählt, bei der die Bedeutung der Asylbewerber relativ gering ist - die **personenbezogenen Gewaltdelikte** (Tötungsdelikte, Vergewaltigung sowie gefährliche/schwere Körperverletzung zusammengekommen). Nicht überraschend zeigen die Tatverdächtigenziffern im Verlauf der sieben Jahre nur geringe Schwankungen. Die einzige Ausnahme bilden die jugendlichen Ausländer, deren Tatverdächtigenziffer seit 1988 fast um drei Viertel angestiegen ist. Der hier aus Platzgründen nicht aufgenommene Vergleich mit deutschen Jugendlichen zeigt freilich, daß diese Entwicklung keineswegs auf junge Ausländer begrenzt ist. Auch bei den deutschen 14-

bis 18jährigen können wir in dem Zeitraum 1988 bis 1994 einen Anstieg der Tatverdächtigenziffer personenbezogener Gewaltdelikte um etwa 60% beobachten. Ansonsten aber zeigt das Schaubild 5 bei den über 21jährigen Ausländern insgesamt betrachtet sogar leicht sinkende Tendenz.

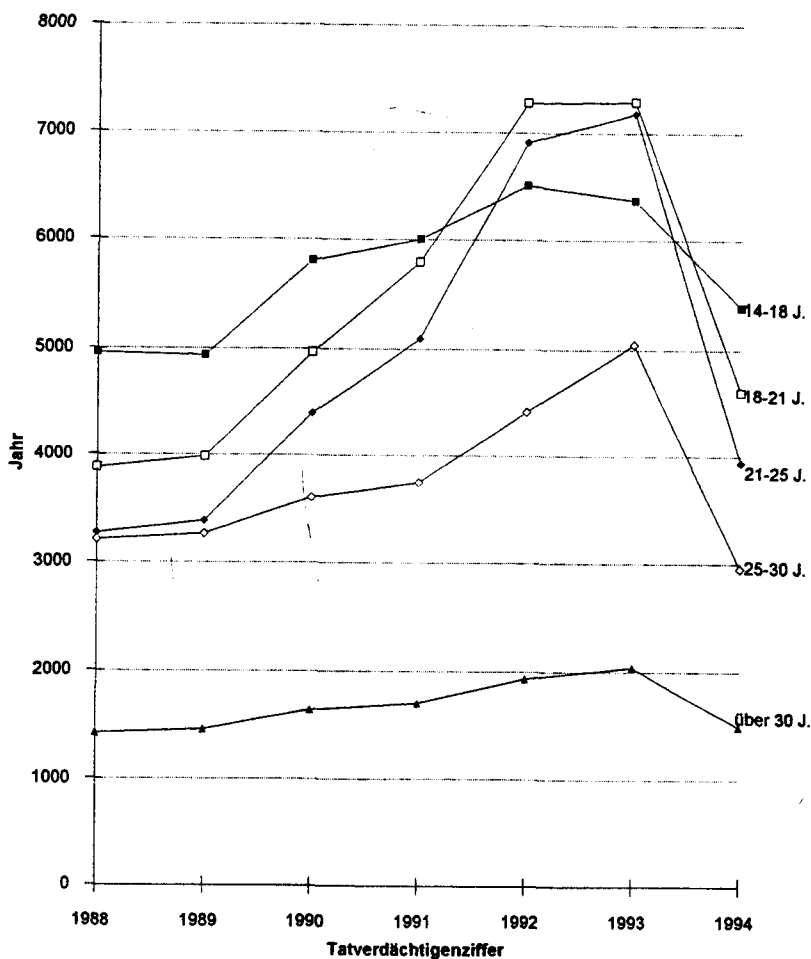
Schaubild 5: Nichtdeutsche Tatverdächtige pro 100.000 der jeweiligen Altersgruppe (TVZ), 1988 bis 1994, personenbezogene Gewaltdelikte (Tötungsdelikte, Vergewaltigung, gefährliche/schwere Körperverletzung), alte Bundesländer



Das dritte Schaubild zu den Tatverdächtigenziffern der Nichtdeutschen bezieht sich auf die Deliktgruppe **einfacher Diebstahl/Unterschlagung**. Hier wird wiederum deutlich erkennbar, wie stark sich die Öffnung der Grenzen nach Osten und nachfolgend die neue Asylgesetzgebung auf das polizeilich registrierte Deliktgeschehen in Deutschland ausgewirkt haben. Bei den 21- bis 25jährigen beispielsweise hat sich die Zahl der wegen einfachem Diebstahl/-

Unterschlagung polizeilich registrierten Personen pro 100.000 dieser Altersgruppe zwischen 1988 und 1993 mehr als verdoppelt. Danach folgte binnen einen Jahres ein Rückgang der Kriminalitätsbelastung um fast 50%. Bei den 25- bis 30jährigen war der seit 1988 zu beobachtende Kriminalitätsanstieg zwar mit etwa 70% nicht ganz so ausgeprägt. 1994 wurde dann jedoch eine Tatverdächtigenziffer erreicht, die etwas unter dem Vergleichswert von 1988 liegt. Nur bei den Jugendlichen und den über 30jährigen fällt das Auf und Ab der Zahlen nicht ganz so extrem aus.

Schaubild 6: Nichtdeutsche Tatverdächtige pro 100.000 der jeweiligen Altersgruppe (TVZ), 1988 bis 1994, einfacher Diebstahl/Unterschlagung, alte Bundesländer



Die hier aus Platzgründen nicht aufgenommenen Schaubilder zu den Tatverdächtigenziffern der verschiedenen Altersgruppen von Deutschen zeigen im übrigen für die jüngeren Jahrgangsguppen bis 1993 eine den Nichtdeutschen weitgehend ähnliche Entwicklung. Auch bei den Deutschen hat die Kriminalitätsbelastung der unter 25jährigen seit 1988 deutlich

zugenommen, während die der über 25jährigen stabile bis leicht sinkende Tendenz aufweist. Die Zuwachsraten der Tatverdächtigenziffern junger Deutscher erreichen allerdings nicht das hohe Niveau der jungen Ausländer. Zum Jahr 1994 ergeben sich dann jedoch gravierende Unterschiede. Die Tatverdächtigenziffern der Deutschen gehen teilweise weiter nach oben oder stagnieren. Eine Abnahme wie bei den verschiedenen nichtdeutschen Altersgruppen ist nicht zu verzeichnen.¹⁵

3. Interpretationsangebote und (kriminal-)politische Folgerungen

Die Analyse der polizeilichen Kriminalitätsdaten der Jahre 1988 bis 1994 hat zunächst erbracht, daß die Entwicklung der Tatverdächtigenzahlen von Nichtdeutschen sehr unterschiedlich verlaufen ist. Auf der einen Seite stehen die **ausländischen Arbeitnehmer** mit ihren seit Mitte der 80er Jahre vergleichsweise niedrigen und leicht absinkenden Kriminalitätsbelastungszahlen. Auffallend ist ferner, daß sich zur Altersgruppe der über 30jährigen Nichtdeutschen nur geringe Schwankungen der Tatverdächtigenziffern ergeben und daß die absolute Zahl der ausländischen Studenten und Schüler, die als Tatverdächtige registriert wurden, offenkundig geringer angestiegen ist, als es die Bevölkerungsentwicklung der Ausländer erwarten läßt. Auf der anderen Seite des Spektrums stehen zum einen die **Asylbewerber**, deren Tatverdächtigenzahlen bis 1993 extrem zugenommen haben (und danach stark gesunken sind). Zum zweiten fällt bei der Unterscheidung nach Altersgruppen der besonders deutliche Anstieg der Tatverdächtigenziffern von jungen Nichtdeutschen auf. Und schließlich soll ergänzt werden, daß die Zahl der **illegal eingereisten Ausländer**, die als Tatverdächtige registriert wurden, zwischen 1988 und 1994 von 31.554 auf 90.380 zugenommen hat. Ihr Anteil an allen Tatverdächtigen ist damit von 2,4% auf 5,5% angestiegen.

Bereits die Gegenüberstellung dieser gegenläufigen Trends bestätigt erneut, worauf oben bereits kurz hingewiesen wurde. Der Begriff "Ausländerkriminalität" ist für die Analyse des hier zu untersuchenden Sachverhalts völlig ungeeignet. Die Tatsache, daß jemand keinen deutschen Paß besitzt, spielt für die Frage, ob er als Straftäter in Erscheinung tritt, offenkundig keine Rolle. Entscheidend erscheint vielmehr der **Grad seiner sozialen Integration**. Wer als ausländischer Arbeitnehmer mit regeltem Einkommen und einer normalen Wohnung versorgt ist, wer als Student Perspektiven dafür sieht, später aus eigener Kraft seinen Lebensunterhalt verdienen zu können, der gehört zu den Gruppen, deren Kriminalitätszahlen keinen Anlaß zur Sorge geben. Stark angestiegen sind dagegen die Tatverdächtigenzahlen der Gruppen von Ausländern, die in sozialen Randlagen leben und wenig Aussichten haben, aus eigener Kraft und auf legale Weise eine gesicherte Existenzgrundlage aufzubauen - zum Beispiel Asylbewerber oder illegal eingereiste Ausländer.

¹⁵ Vgl. dazu die ausführliche Analyse der niedersächsischen PKS-Daten in Pfeiffer/Ohlemacher, 1995a, S. 23 ff.

Diese These eines **Zusammenhangs zwischen der sozialen Integration und der Kriminalitätsentwicklung** haben kürzlich Thomas Ohlemacher und ich anhand niedersächsischer Daten untersucht.¹⁶ Den Einflußfaktor der sozialen Randlage haben wir dabei gleichgesetzt mit dem Empfang von Sozialhilfe und zunächst analysiert, welche Veränderungen sich insoweit seit Anfang der 70er Jahre ergeben haben. Der auffallendste Befund ist insoweit, daß sich in den letzten 25 Jahren nicht nur die Zahl der **Sozialhilfeempfänger** stark erhöht hat, sondern daß sich vor allem die **Altersstruktur der Empfänger** kontinuierlich verändert.¹⁷ Es vollzieht sich eine zunehmende Verjüngung der Struktur der Sozialhilfeempfänger - und dies nicht nur bei der laufenden Hilfe zum Lebensunterhalt (der "Kernsozialhilfe"), sondern auch bei den Hilfen in besonderen Lebenslagen.

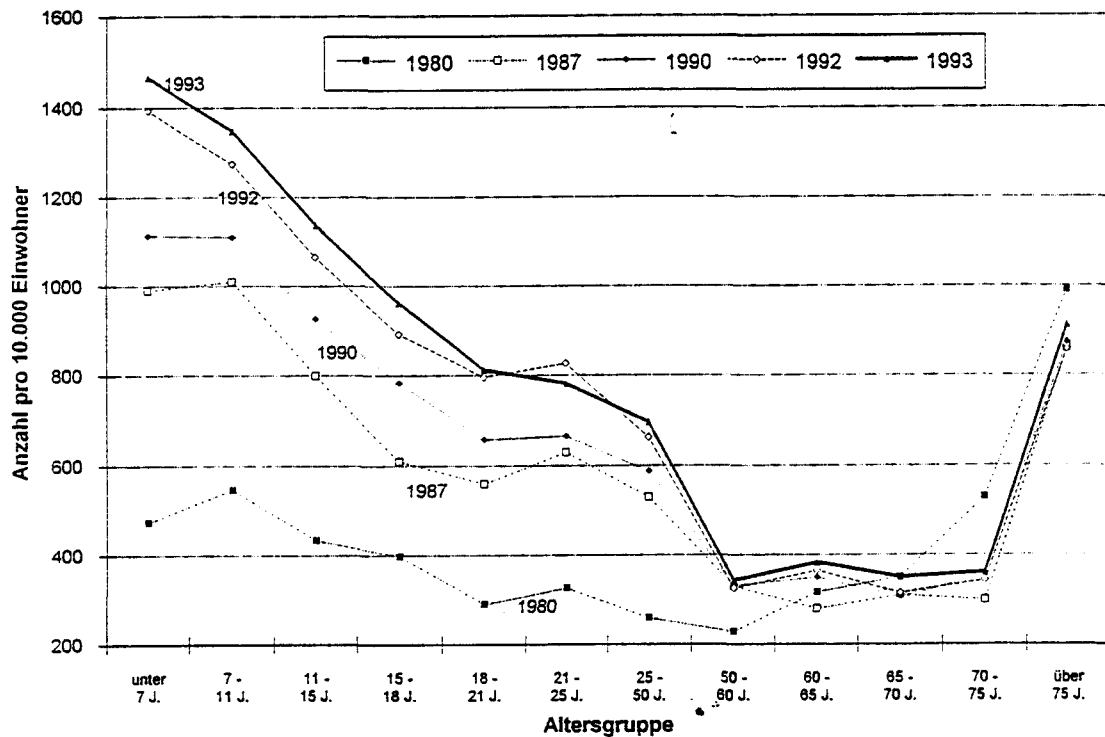
Der Anteil der Empfänger laufender Hilfe unter den Personen der Altersgruppe der 50- bis 70jährigen lag zwischen 1970 und 1992 durchweg unter 3%. Bei den unter 25jährigen dagegen hat der Anteil der Sozialhilfeempfänger in diesem Zeitraum kontinuierlich zugenommen. Waren es beispielsweise 1980 noch etwa 3% der 7- bis 18jährigen, die eine laufende Hilfe zum Lebensunterhalt erhielten, so ist diese Quote im Jahr 1992 auf ca. 8% angestiegen, in der Gruppe der unter 7jährigen sogar auf über 10%. Zu Beginn der 90er Jahre lebte in den alten Bundesländern etwa 1/10 aller Kinder unter sieben Jahren in Familien, die sich zumindest zeitweise aus Mitteln der Sozialhilfe finanzieren mußten. Die Hansestadt Hamburg erreichte im Jahr 1992 mit einem Anteil von 23,5% Sozialhilfeempfängern in dieser Altersklasse den höchsten Wert aller Bundesländer.

Diese Befunde haben in der zitierten Untersuchung für Niedersachsen überprüft und in Beziehung zu den Kriminalitätsdaten gesetzt. Das nachfolgende Schaubild 7 bestätigt zunächst die bundesweite Entwicklung. Die relativen Anteile von Sozialhilfeempfängern haben in den jüngeren Altersgruppen stark zugenommen. Während z.B. im Jahr 1987 von allen 15- bis 18jährigen Niedersachsens etwa 6% als Sozialhilfeempfänger registriert wurden, waren es 1993 fast 10%.

¹⁶ Vgl. Pfeiffer, C./Ohlemacher, Th. (1995b), S. 259 ff.

¹⁷ Vgl. Hauser/Hüber, 1993, S. 60.

Schaubild 7: Sozialhilfeempfänger(innen) pro 10.000 Einwohner in Niedersachsen, 1980 bis 1993



Die Daten der Sozialhilfestatistik zeigen ferner, daß die Zahl der **ausländischen Bezieher von Sozialhilfe** zwischen 1988 und 1992 überproportional angewachsen ist. Der relative Anteil der ausländischen Sozialhilfebezieher an der Gesamtzahl der Empfänger stieg von 1988 bis 1992 von 14,4% auf 28,4%. Sein Anwachsen ist für den Anstieg der Gesamtzahl der Sozialhilfeempfänger in Niedersachsen zu einem großen Teil verantwortlich. 1993 hat die Zahl der ausländischen Bezieher von Sozialhilfe erstmals wieder abgenommen (auf 26,5%). Insoweit scheint sich die zu Mitte des Jahres verfügte Änderung des Asylgesetzes bemerkbar zu machen. Während die absolute Zahl der ausländischen Sozialhilfeempfänger von 150.662 auf 147.599 zurückging, ist die Gesamtzahl der Bezieher von Sozialhilfe insgesamt von ca. 530.000 auf rd. 556.000 angewachsen - ein Beleg dafür, daß die deutsche Armut zugenommen hat.

Eine Sonderauswertung zu der für Kriminalitätsanalysen besonders wichtigen Gruppe der 15- bis 21jährigen zeigt, daß die Entwicklung bei Deutschen und Ausländern sehr unterschiedlich verlaufen ist. Der Anteil der Sozialhilfeempfängern unter den Nichtdeutschen dieser Altersgruppe hat von 1988 bis 1992 in Niedersachsen kontinuierlich zugenommen (von 21,6% auf 38,7%), ist dann aber 1993 stark abgefallen (auf 32,5%). Für den Anteil der Sozialhilfeempfänger unter den Deutschen dieser Altersgruppe ist von 1988 bis 1992 eine weitgehende Konstanz zu vermelden (von 5,3 zu 5,5%). 1993 zeigt sich jedoch ein Anstieg auf 6,3%.

Bereits die bisher dargestellten Daten der **Armutsentwicklung** einerseits und der **Kriminalitätsentwicklung** andererseits geben Anlaß zu der Vermutung, daß zwischen den festgestellten Trends ein Zusammenhang besteht. Auffallend sind insbesondere die parallele Zunahme der Armut- und Kriminalitätsbelastung junger Menschen. Anhand der Daten von 47 niedersächsischen Landkreisen und kreisfreien Städten haben wir diese Hypothese im Wege einer Regressionsanalyse überprüft und dabei insbesondere in bezug auf Diebstahls- und Raubdelikte eine deutliche Bestätigung unserer Annahmen gefunden.¹⁸ Ein Beweis für ein Ursache-Wirkungsverhältnis ist damit freilich noch nicht erbracht. Da wir nicht zu einzelnen Personen Daten von Armut und Kriminalität ermittelt und in Beziehung gesetzt haben, sondern zu Regionen, sind die teilweise hohen Korrelationswerte allein noch nicht ein ausreichender Beleg. Will man die gefundenen statistischen Zusammenhänge als kausale Beziehung interpretieren, muß man über eine Theorie verfügen, die die angenommene Wirkungsrichtung plausibilisiert. Nachfolgend sollen deshalb erste **Erklärungsansätze** dafür angeboten werden, unter welchen Rahmenbedingungen **Armut** die Wahrscheinlichkeit **abweichenden Verhaltens** erhöhen kann.

- In einer konsumorientierten Gesellschaft wird der Besitz und Konsum von Gütern als erstrebenswertes Ziel für alle Mitglieder propagiert. Gleichzeitig werden aber die legitimen Mittel oder Wege zur Erreichung der Ziele nicht für alle Mitglieder in gleicher Weise zur Verfügung gestellt.¹⁹ Zu den insoweit Benachteiligten und teilweise völlig von der Teilhabe ausgeschlossenen Bevölkerungsgruppen gehören insbesondere die von Armut Betroffenen. Ihnen mangelt es nicht nur an der nötigen Kaufkraft, sondern auch häufig an einer guten Schul- und Berufsqualifikation, die günstige Voraussetzungen dafür schaffen würde, auf legale Weise materiellen Wohlstand zu erreichen. Nach der **Anomie-Theorie**²⁰ ist eine denkbare Konsequenz einer derartigen ökonomischen Deprivation, daß die Betroffenen Kriminalität als Mittel zur Erlangung der kulturell vorgegebenen Ziele einsetzen und sich auf diese Weise den gegebenen sozialen Bedingungen anpassen. Wenn nun in einer Gesellschaft die Gegensätze von Arm und Reich zunehmen, steigt der "Anomie-Druck". Die in den Massenmedien und den Auslagen der Kaufhäuser allgegenwärtige Konsumwerbung wendet sich zwar primär an die wachsende Zahl der Wohlhabenden, erreicht aber mit ihren psychologisch geschickt vorgetragenen Appellen an die Kauflust aller Bürger, auch solcher, die von Sozialhilfe leben müssen.
- Gerade die Bundesrepublik Deutschland ist in den letzten 15 Jahren davon geprägt, daß einer **wachsenden Zahl von Armen** eine ebenfalls **stark ansteigende Zahl von Reichen** gegenübersteht. Bereits für das Jahr 1983 hatte Ernst-Ulrich Huster auf der Basis der

¹⁸ Vgl. Pfeiffer/Ohlemacher, 1995 b, Seite 266 ff.

¹⁹ Vgl. dazu die Anomie-Theorie Mertons, ders. 1968, S. 283 ff.

²⁰ Vgl. dazu ferner Lamnek, 1993, S. 124 ff.